

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜRCOP

NIHAT KARAGÖZ

NILAY SECGIN

August 2014

www.kas.de/tuerkei/

Multiple Stabsübergabe in Ankara

RECEP TAYYIP ERDOGAN BENENNT AHMET DAVUTOGLU ZUM NEUEN MINISTERPRÄSIDENTEN

Nachdem Recep Tayyip Erdoğan die Präsidentschaftswahlen am 10. August gewonnen hatte, löste er am 28. August 2014 Abdullah Gül im Amt ab und ernannte Außenminister Ahmet Davutoğlu zum neuen Ministerpräsidenten. Davutoğlu wurde tags zuvor auf einem außerordentlichen Parteikonvent der AK Partei mit überwältigender Mehrheit zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Einen Tag nach seiner Ernennung gab Davutoğlu die personellen Neubesetzungen seines Kabinetts bekannt. Der ehemalige Europaminister Mevlüt Çavuşoğlu übernahm das Amt des Außenministers und übergab seinen Posten dem Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten Volkan Bozkır.

Rückblick: Die Präsidentschaftswahlen

Bei den Präsidentschaftswahlen vom 10. August 2014 waren rund 56 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, ihre Stimme abzugeben, wobei erstmals der Staatspräsident direkt vom Volk gewählt wurde. Zum ersten Mal konnten türkische Staatsangehörige ihre Stimme auch im Ausland abgeben. Zur Wahl standen der türkische Ministerpräsident und AKP-Vorsitzende Recep Tayyip Erdoğan, Prof. Dr. Ekmeleddin İhsanoğlu als gemeinsamer Kandidat der Republikanischen Volkspartei (CHP) und der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) sowie der Ko-Vorsitzende der Demokratischen Partei der Völker (HDP), Selahattin Demirtaş.

Laut dem offiziellen Wahlergebnis des Hohen Wahlausschusses (YSK)

erzielte Erdoğan knapp 52 Prozent, İhsanoğlu rund 38 Prozent und Demirtaş etwa zehn Prozent der Stimmen. Mit Erdoğan hat somit erstmals auch ein Absolvent einer Imamschule das Staatpräsidentenamts der Türkei übernommen. Die Wahlbeteiligung war enttäuschend gering (die niedrigste seit zwölf Jahren überhaupt). Im Ausland lag sie bei nicht einmal zehn Prozent, was u.a. auf ein kompliziertes Registrierungsverfahren über das Internet zurückgeführt wird. Des Weiteren fiel der Wahltermin auf die Urlaubssaison und viele potenzielle Wähler waren schlichtweg nicht an ihrem jeweiligen Wohnort, um ihre Stimme abzugeben. Sie sahen ihr demokratisches Recht der Stimmabgabe in dieser Richtungs Wahl offensichtlich als nicht wichtig genug an, um an die Wahlurnen zu gehen (Briefwahlen gibt es in der Türkei nicht). 14,6 Millionen Wähler hatten von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht (etwas über ein Viertel der Wahlberechtigten).

Vor dem Hintergrund der letztjährigen Gezi-Proteste wie auch der Korruptionsvorwürfe gegen einzelne Regierungsmitglieder und Twitterverbot waren vor allem westliche Beobachter davon ausgegangen, dass diese Wahl eine Protestwahl hätte werden können. Stattdessen erwiesen sich die Nichtwähler als die größte Wahlhelfergruppe für Erdoğan's Sieg gleich im ersten Wahlgang. Diejenigen Kritiker, die Erdoğan autoritäre und gar diktatorische Allüren vorwerfen, werden es künftig deutlich schwerer haben, künftige Protestaktionen zu legitimieren, wie zahlreiche Beobachter nun kommentieren. Denn dieser neunte Wahlsieg in Folge hat selbst größten Kritikern Anerkennung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜR COP
NIHAT KARAGÖZ
NILAY SEÇGIN

August 2014

www.kas.de/tuerkei/

abgerungen. So schrieb etwa Yusuf Kanlı in der englischsprachigen Hürriyet Daily News, dass Erdoğan für seinen Wahlsieg gratuliert werden müsse. Eine Wahlbeteiligung von 75 Prozent sei schließlich ein hohes Ergebnis für eine Demokratie und ein Wahlergebnis von 52 Prozent für einen Präsidentschaftskandidaten allemal.

Als ein Fehlgriff hatte sich dagegen der islamisch-konservative Präsidentschaftskandidat der CHP und MHP erwiesen. Insbesondere die linksliberale Wählerschaft der CHP konnte sich mit dem konservativen İhsanoğlu ganz offensichtlich nicht identifizieren. Aber auch die beiden Parteien selber standen im Wahlkampf nicht voll hinter ihrem gemeinsamen Kandidaten.

In Folge der Präsidentschaftswahlen wurde eine kontroverse Debatte um die Frage geführt, ob Erdoğan gegen die Verfassung verstieß, indem er bis zur Vereidigung als Staatspräsident seine politischen Ämter beibehielt. Oppositionelle Blätter unterstrichen, dass das offizielle Wahlergebnis mit zwei Wochen Verzögerung im Amtsblatt verkündet wurde, um Erdoğan den Auftritt auf dem AKP-Sonderparteitag zu ermöglichen. Laut Artikel 101 der gültigen Verfassung gelte der Staatspräsident als gewählt, sobald das Wahlergebnis im Gesetzesblatt veröffentlicht ist. Wäre es unmittelbar nach der Wahl im Amtsblatt erschienen, hätte Erdoğan von seinen Ämtern als Ministerpräsident und AKP-Vorsitzender umgehend zurücktreten müssen und nicht auf dem AKP-Sonderparteitag aufgrund des geltenden Neutralitätsprinzips auftreten dürfen. Regierungsnahe Medien vertraten dagegen die Ansicht, dass Artikel 101 erst mit der Vereidigung des Staatspräsidenten greife.

Sonderparteitag der AK Partei

Am 27. August 2014 wurde Außenminister Ahmet Davutoğlu auf einem außerordentlichen Parteikonvent mit 99 Prozent zum neuen Vorsitzenden gewählt. Einige Tage zuvor hatte ihn die Parteiführung mit absoluter Mehrheit als einzigen Kandidaten nominiert.

Davutoğlu wurde am 26. Februar 1959 im zentralanatolischen Konya

geboren und besuchte das renommierte deutschsprachige Istanbul Gymnasium. Nach seinem Studium an der Fakultät für Wirtschaft und Politik wissenschaft der Bosphorus Universität promovierte Davutoğlu dort am Institut für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen. Nach dem AKP-Wahlsieg 2002 war er zunächst außenpolitischer Berater im ersten Kabinett Erdoğan. Am 1. Mai 2009 übernahm er schließlich das Amt des Außenministers. Davutoğlu gilt als loyaler Gefolgsmann von Erdoğan, der den bisherigen Regierungskurs beibehalten wird.

In einer pathetisch und kämpferisch gefärbten Rede, die stark an die Rhetorik Erdoğan's erinnert, verkündete er die großen Linien seiner künftigen Politik in Form eines Manifests: Der große Restaurationsprozess der letzten zwölf Jahre werde ohne Unterbrechung fortgeführt. Ein Land, das noch vor zwölf Jahren als kranker Mann gesehen wurde, habe sich nun erhoben. Ein Volk das mit großen Schwierigkeiten konfrontiert war, erinnerte sich an seine historische Mission und werde sich auf nun einen „segensreichen Marsch“ begeben. „Dieser Marsch wird sein Ziel erreichen.“, verkündete Davutoğlu im Anschluss an seine Nominierung als Parteivorsitzender.

Konkret sieht seine politische Agenda folgende Eckpunkte vor: (1.) Ein selbstbewusstes Auftreten der "Neuen Türkei" auf nationaler und internationaler Ebene; (2.) Entschlossene Forcierung des Verhandlungsprozesses mit den Kurden; (3.) Wahrung der Religions- und Meinungsfreiheit sowie Verabschiedung einer neuen zivilen Verfassung; (4.) Kompromissloser Kampf gegen "parallelen Strukturen"; (5.) Bekämpfung der Korruption und "Restauration von Moral und Ethik"; (6.) Voranbringen der Justizreform; (7.) Wahrung der kulturellen Werte und Traditionen; (8.) Erzielen eines nachhaltiges Wirtschaftswachstums u.a. mittels einer Bildungsreform sowie Forschung und Entwicklung;; (9.) Verfolgung einer selbstbewussten Außenpolitik.

Der vorangegangenen Rede Erdoğan's war

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜRCOP

NIHAT KARAGÖZ

NILAY SECGIN

August 2014

www.kas.de/tuerkei/

bereits zu entnehmen, dass er sich als künftiger Staatspräsident weiterhin zu aktuellen tagespolitischen Themen zu Wort melden werde.

Der Sonderparteitag stand unter dem Motto Zusammenhalt, Loyalität und Kontinuität. Auffallend war, dass auf der Veranstaltung der Name Abdullah Gül nur einmal kurz erwähnt worden war.

Der Parteikonvent war auch gekennzeichnet vom Ausschluss von insgesamt elf regierungskritischen und kurdischen Medienorganen, die ebenfalls nicht zur Amtseinführung im Çankaya-Palast zugelassen waren.

Amtseinführung: „Wiedergeburt der Türkei“

Am 28. August 2014 wurde Recep Tayyip Erdoğan als neuer Staatspräsident vereidigt. Die Abgeordneten der größten Oppositionspartei CHP verließen aus Protest gegen die Verletzung der türkischen Verfassung noch vor seiner Vereidigung den Plenarsaal. Ihrer Ansicht nach hätte Erdoğan seinen Posten als Regierungschef sofort nach Bekanntgabe des offiziellen Wahlergebnisses durch den YSK niederlegen müssen und nicht erst mit seiner Vereidigung als Staatspräsident. Somit hätte er gegen das verfassungsrechtliche Neutralitätsprinzip verstoßen.

Nach seiner Vereidigung im Parlament besuchte Erdoğan zur Kranzniederlegung das Atatürk Mausoleum. Anschließend trug er sich sinngemäß mit folgenden Worten in das „Anıtkabir-Gedenkbuch“ ein. „Geliebter Atatürk, nach Ihrem Tod hatte sich die Bindung zwischen dem Staatsoberhaupt und dem Volk zunehmend geschwächt. Mit der Direktwahl des Staatspräsidenten sei nun diese nun wieder hergestellt. Mit dem heutigen Tag sei die Türkei aus ihrer Asche wiederauferstanden. Der Geist und der Traum einer Großen Türkei sei durch seine Präsidentschaft wiederbelebt worden“.

Bei der Übergabeceremonie im Präsidentenpalast waren Vertreter von über 90 Ländern präsent. Deutschland war durch Bundesinnenminister de Maiziere vertreten. Bemerkenswerterweise befand sich auch der armenische Außenminister Nalbandian unter den Ehrengästen. Die USA waren nur

durch den Geschäftsträger der amerikanischen Botschaft repräsentiert, da der neue Botschafter noch nicht in Ankara eingetroffen war.

In seiner emotionalen Abschiedsrede hatte Gül betont, dass es für ihn "eine Ehre" sei, sein Amt an seine "langjährigen Weggefährten und Bruder" seit über vier Jahrzehnten weiterzugeben. Er erinnerte an die gemeinsame Gründung ihrer Partei vor 14 Jahren und an die gemeinsamen politischen Anstrengungen. Schließlich betonte Gül, dass das Land unter der Führung von Staatspräsident Erdoğan neue Erfolge erzielen werde.

Gül hatte vor seinem Ausscheiden verlautbaren lassen, wenn auch keinen neuen Regierungsposten zu übernehmen, sich als ehemaliger Mitbegründer doch wieder in „seiner“ Partei engagieren zu wollen. Momentan sieht es nicht danach aus, als ob er in Kürze ein hohes Amt in der AK Partei erhalten würde. Stattdessen dürfte Gül eher im Hintergrund als „elder statesman“ und „wise man“ eine Rolle spielen, wie spekuliert wird. Aufgefallen war, dass auf der dem Sonderparteitag - der so terminiert war, dass Gül an seinem letzten Arbeitstag daran gar nicht hätte teilnehmen können - sein Name nur am Rande einmal kurz erwähnt worden war.

Im Anschluss an Gül hielt Erdoğan seine erste Rede als Staatpräsident. Er hob hervor, dass eine neue Ära in der Türkei beginne und er daran weiterarbeiten wolle, die Türkei zu einem demokratischen und wohlhabenden Land zu machen. Er sei zudem der erste Staatspräsident, der in der zweitausendjährigen türkischen Geschichte direkt vom Volk gewählt worden sei. Nun beginne eine "neue Ära" im Zeichen des Geistes der Republikgründung. Außenpolitische Ziele seien Frieden, Solidarität und Wohlfahrt und nicht Annexion oder Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Auch der Weg in die Europäische Union würde als strategisches Ziel mit größerer Entschlossenheit verfolgt werden.

Stabsübergabe: „Die Mission geht weiter“

Am 28. August 2014 wurde Davutoğlu zum Premierminister ernannt und anschließend mit der Regierungsbildung beauftragt. Einen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜR COP
NIHAT KARAGÖZ
NILAY SECGİN

August 2014

www.kas.de/tuerkei/

Tag später legte er Staatspräsident Erdoğan die neue Kabinettsliste zur Billigung mit folgenden Neubesetzungen vor: Der ehemalige Europaminister Mevlüt Çavuşoğlu übernimmt das Amt des Außenministers und übergab seinen Posten dem Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Volkan Bozkır. Die stellvertretenden Ministerpräsidenten Beşir Atalay und Emrullah İşler wurden durch Yalçın Akdoğan und Numan Kurtulmuş ersetzt. Neuer Handelsminister ist der AKP Fraktionsvorsitzende Nurettin Canikli.

Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts ist ein klares Signal in Richtung Kontinuität. Bis auf wenige neue Ernennungen ist das alte Kabinett intakt geblieben, das nun erst einmal bis zu den nächsten Parlamentswahlen amtieren wird. Schon im Vorfeld des Sonderparteitages hatte Erdoğan verkündet: „Wir reden hier nicht über eine Änderung der Mission. Es handelt sich nur die Änderung eines Namens und ist keineswegs ein Abschied.“

Darüber, wie die „neue Türkei“ unter Staatspräsident Erdoğan und Premierminister Davutoğlu aussehen wird, haben türkische Journalisten wie üblich konträre Ansichten je nach ihrer politischen Ausrichtung.

Regierungskritische Journalisten zweifeln an der Kompetenz Davutoğlus und insbesondere an der Unparteilichkeit, die das Amt des Staatspräsidenten unter der noch gültigen Verfassung stipuliert. Emre Kongar warnte in der Cumhuriyet vor einem neosmanischen Regime, das die AK Partei errichten wolle. Schließlich bezeichne der Begriff „Restauration“, den Davutoğlu in seiner Rede benutzt hat, in der politischen Sprache den Wiederaufbau eines alten Regimes, das in Folge eines Krieges, Putsches oder einer Revolution zerstört wurde. In derselben Zeitung schrieb Mustafa Balbay, dass die Türkei keine allzu glänzende Zukunft erwarte. Zu dieser Ansicht gelange er in Anbetracht der außenpolitischen Misserfolge, die Davutoğlu während seiner Amtszeit als Außenminister erzielt habe. Darunter falle beispielsweise die Geiselnahme des türkischen Botschafters in der irakischen Stadt Mosul. Sözcü-Kolumnist Emin Çölaşan ist der Meinung, dass Premierminister Davutoğlu durch seine Amtszeit hindurch

mit Staatspräsident Erdoğan zusammenarbeiten und seine Anweisungen ausführen werde. Das stelle eine Gefahr für die türkische Demokratie dar, so Çölaşan.

Regierungsnahe Journalisten loben dagegen die staatsmännischen Eigenschaften Davutoğlus. Sie sind im Allgemeinen der Meinung, dass die Türkei aus einer Kooperation zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Staatspräsidenten großen Nutzen ziehen könne und dem Land diesbezüglich eine neue Ära bevorstehe. Hilal Kaplan schrieb in der Yeni Şafak, dass Davutoğlu als Außenminister auf der internationalen Bühne großen Respekt genossen habe. Dieser Umstand zeige, dass er ein durchaus erfolgreicher Staatsmann sei. Laut Sabah-Kolumnist Emre Aköz passe Davutoğlu aufgrund seines hohen Bildungsniveaus, seiner politischen Haltung und seiner politischen Leistungen gut in sein neues Amt. Rasim Ozan Kütahyalı wies in der Sabah darauf hin, dass Davutoğlu Reformen durchsetzen werde, die alle Teile der türkischen Gesellschaft umfassen und emanzipieren würden. In diese Zusammenhang beginne eine neue Ära der Türkei.

Das neue Regierungsprogramm

Am 1. September 2014 hat Ministerpräsident Davutoğlu das neue Regierungsprogramm im Parlament vorgestellt, demnach folgende "prioritäre Ziele" verfolgt werden sollen:

Zuvorderst werde die Regierung den Kampf gegen jedwede Kräfte fortführen, die den „segensreichen Marsch“ der Türkei behindern oder die nationale Sicherheit bedrohen würden.

Ein weiterer Punkt sei der Demokratisierungsprozess. Hierbei habe die AK Partei bereits in der Vergangenheit wichtige Reformen durchgeführt. Angesichts der sogenannten „2023 Ziele“ werde dieser Prozess fortgeführt. Wahrung der Unabhängigkeit der Justiz und Durchführung von Justizreformen. Auch die Sicherung der Rechtsstaatlichkeit sei ein zentraler Programmpunkt. In diesem Zusammenhang sei bereits erfolgreich das Kopftuchverbot aufgehoben, die Rechte religiöser

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜR COP

NIHAT KARAGÖZ

NILAY SECGIN

August 2014

www.kas.de/tuerkei/

Minderheiten wie der Aleviten gestärkt und nichtmuslimischen Gemeinden ihr ursprünglicher Besitz zurückgegeben worden.

Der EU-Beitrittsprozess gehöre auch weiterhin zu den Zielen der AK Partei. Sie strebe die volle Mitgliedschaft an. Laut Davutoğlu besteht das Ziel darin, den EU-Beitritt der Türkei zu ihrem 100. Jubiläum der Republikgründung im Jahr 2023 zu erreichen.

Außerdem sehe das neue Regierungsprogramm die Schaffung einer "pluralistischen und freiheitlichen Verfassung vor wie auch die erfolgreiche Lösung der sogenannten Kurdenfrage Ziel des Friedensprozesses sei dabei, den Terror endgültig zu beenden, die PKK vollständig zu entwaffnen und teilweise ihre Kämpfer bzw. Aktivisten zu rehabilitieren.

Wirtschaftspolitische Ziele nehmen einen breiten Raum ein, einschließlich der Verbesserung des Gesundheitssystems, ein umfassender Umwelt- und Katastrophenschutz, die Fortführung des Wirtschaftswachstums, Bekämpfung der Inflation, Wahrung der Unabhängigkeit der Zentralbank; Senkung der Arbeitslosenquote; Erhöhung der Produktivität und Innovationsfähigkeit der Türkei, Stärkung der Industrieproduktion und der Exportwirtschaft sowie eine neue Energiepolitik.

Die Außenpolitik strebt eine einflussreiche und richtunggebende Rolle der Türkei auf globaler Ebene als „global player“ an sowie die Verfolgung einer "wertebasierten Außenpolitik".

Während das neue Regierungsprogramm in der regierungsnahen Presse äußerst positiven Zuspruch fand, bewerteten es regierungskritische Zeitungen eher als kontrovers. So titulierte Sabah-Kolumnist Okan Müdderisoğlu etwa stellvertretend „Ein Manifest der Neuen Türkei“. Weitere Kommentatoren beschreiben das Regierungsprogramm grundsätzlich positiv und meinen, dass sich die Regierung Davutoğlu die richtigen Ziele vorgenommen habe. In erster Linie komme es nun aber auf eine entschlossene Umsetzung an.

In der Cumhuriyet kommentierte Utku Çakırözer dagegen, dass die Verkündung

des Regierungsprogramms durch Davutoğlu keinen so starken Widerhall im Parlament gefunden habe, wie etwa bei Erdoğan. Nach den üblichen Debatten des Regierungsprogramms im Parlament wird voraussichtlich am 6. September 2014 die Vertrauensabstimmung für das neue Kabinett von Premierminister Davutoğlu anberaunt.

Fazit und Ausblick

Im Vorfeld der Wahlen hatte Erdoğan mehrmals darauf hingewiesen, im Falle seines Sieges die Befugnisse des Staatspräsidenten ausweiten und die Türkei zu einer exekutiven Präsidialdemokratie umgestalten zu wollen. Nun hat er das Amt des Staatspräsidenten angetreten und mit Davutoğlu einen loyalen Nachfolger ernannt, der seine Mission nahtlos fortführen dürfte. So verwundert es nicht, dass sich die Mehrheit der politischen Kommentatoren sich einig zu sein scheint, dass es kaum zu Reibungen oder größeren Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden kommen werde.

Mit Spannung wird dennoch erwartet, wie Erdoğan und Davutoğlu nun ihre neuen Ämter im Einzelnen ausfüllen werden. Fast alle Beobachter gehen davon aus, dass Erdoğan weiterhin die AK Partei und das Kabinett aktiv anleiten wird, wenn auch nicht mehr in der Funktion und mit den Befugnissen als deren Vorsitzender oder als Regierungschef - was allerdings nicht weiter relevant sein dürfte. Die gültige Verfassung erlaubt dem Staatspräsidenten z.B. den Vorsitz von Kabinettsitzungen. In diesem Zusammenhang wird auch mit Spannung erwartet, inwieweit Erdoğan in seiner neuen Funktion von gewachsenen Traditionen des Staatspräsidentenamts Abschied nehmen wird.

Insgesamt dürfte sich am Stil und an der Vorgehensweise der AK Partei vermutlich wenig ändern. Kontinuität verspricht auch die Polarisierung im Parlament, wenn man den Eklat bei der Vereidigung des neuen Staatspräsidenten im Parlament als ein Indiz heranzieht.

Davutoğlu steht mit dem Tag seiner Amtsübernahme vor einer großen Herausforderung. Er muss seine Partei in die bisher wichtigsten Wahlen ihres

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜR COP

NIHAT KARAGÖZ

NILAY SECGİN

August 2014

www.kas.de/tuerkei/

Bestehens führen. Im Juni nächsten Jahres finden turnusgemäß die nächsten Parlamentswahlen statt, sollten diese nicht vorgezogen werden, wie einige Beobachter mutmaßen. Bei diesen Wahlen werden über 70 AKP-Abgeordnete - darunter befinden sich elf Minister - aufgrund geltender Parteistatuten kein weiteres Mal kandidieren können. Demnach dürfen Parteimitglieder höchstens drei Wahlperioden dem türkischen Parlament angehören. Die Regierungspartei steht damit vor einer umfassenden Erneuerung. Nur wenn Davutoğlu nach den Parlamentswahlen eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament erreichen sollte, könnte er die Verfassung ändern und ein Präsidialsystem mit erweiterten Vollmachten eines Exekutivpräsidenten einführen. Politische Beobachter mutmaßen fast übereinstimmend, dass nur im Fall eines Scheiterns von Davutoğlu Abdullah Gül eine Chance auf Rückkehr an die AKP-Spitze habe, und zwar dann, wenn sich Davutoğlu im Ministerpräsidentenamt nicht bewähren und die kommenden Parlamentswahlen verlieren sollte.